

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Mintz, Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, warnt vor falscher Sparsamkeit in der Beschäftigungspolitik.

Seite 1/2

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, sieht bestürzende Signale für den künftigen Kurs der Union.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB weist die Angriffe Leisler Kieps gegen die deutschen Arbeitnehmer zurück. Seite 4

Egon Lutz MdB, Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, setzt sich für genaue Prüfung der Idee des Job-sharing ein.

Seite 5

Liesel Hartenstein MdB fordert eine dauerhafte Entlastung der öffentlichen Haushalte. Seite 6/7

Freimut Duye MdB nennt den Abschied vom Beschäftigungsprogramm "Offenbarungseid eines Industriestaates". Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 168

4. September 1981

Zuviel Sparsamkeit kann teuer werden

Von Helmut Mintz
Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit hat den gesetzlichen Auftrag, auf einen hohen Beschäftigungsstand hinzuarbeiten, Unterbeschäftigung zu bekämpfen, die Beschäftigungsstruktur zu verbessern und damit das Wirtschaftswachstum zu fördern. Sie hat also ihre arbeitsmarktpolitischen Instrumente offensiv einzusetzen.

Diese im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) festgelegten Ziele werden derzeit verfehlt - trotz aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Die allgemeine Wirtschaftslage und die demographisch bedingte Zunahme der Erwerbspersonen lassen einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt nicht zu. Der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesanstalt hilft heute "nur" noch, die Arbeitslosigkeit zum Beispiel durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas zu verringern, die Beschäftigungsstruktur zum Beispiel durch Fortbildung und Umschulung leicht zu verbessern und den Unternehmen zum Beispiel durch Kurzarbeit ihre Mitarbeiter für einen künftigen Aufschwung zu erhalten. Ein hoher Beschäftigungsstand kann nicht einmal durch den intensivsten Gebrauch der Arbeitsförderung erreicht werden.

Trotzdem läge die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ohne Vollzeitmaßnahmen

Verantwortlich für den Inhalt:
Helmut G. Schmidt



der beruflichen Bildung und ohne Kurzarbeit um gut 200.000 höher. Vor dem Hintergrund von 1,3 Millionen Arbeitslosen mag diese Entlastung manchem nicht groß erscheinen, für jene 200.000 Einzelpersonen, an denen noch Familien hängen, die ohne den Instrumenteneinsatz der Bundesanstalt arbeitslos wären, ist dies jedoch sehr wohl bedeutungsvoll.

Der offensive Einsatz der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt mit einer schnellen und effizienten Arbeitsvermittlung, ist gerade in Zeiten akuter Unterbeschäftigung wünschenswert. Dieses antizyklische Verhalten der Bundesanstalt wirkt den rezessiven Kräften in der Wirtschaft entgegen.

Nicht alles Wünschenswerte ist aber noch finanzierbar. Die hohe Arbeitslosigkeit kostet nicht nur Geld, sie verursacht auch Steuerausfälle und Ausfälle an Sozialbeiträgen, mit der Folge, daß gestern noch für selbstverständlich angesehene öffentliche Ausgaben heute nicht mehr oder nur noch in beschränktem Maße finanziert werden können. Darunter fallen auch Bereiche der Arbeitsförderung. Zu einem allgemeinen Kahlschlag darf es aber auf keinen Fall kommen. Der Teil der Arbeitsförderung, der dafür sorgt, daß Arbeitslose nicht nur verwaltet, sondern unmittelbar oder auf dem produktiven Umweg über eine Bildungsmaßnahme einer Beschäftigung zugeführt werden, verdient äußerste Beachtung. Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen gesamtfiskalisch nicht unbedingt teurer als die Versicherungsleistungen sein. Freilich darf dies kein Argument sein, sich bei knappen Kassen keine Gedanken über Einsparmöglichkeiten zu machen. Aber das Sparen darf allein auch nicht zur Richtschnur arbeitsmarktpolitischen Handelns werden.

Denn dort, wo mangels finanzieller Möglichkeiten beispielsweise keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr gemacht werden können, wird die Arbeitslosigkeit im Ausmaß der dann fehlenden Arbeitsplätze ansteigen. Und dann gehen die sinkenden Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einher mit steigenden Ausgaben für Arbeitslosengeld. Ähnlich verhält es sich bei der Fortbildung oder Umschulung. Ohne Zweifel ist die Qualifizierung von Arbeitslosen eine arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen ist nicht beruflich qualifiziert, offene Stellen können gleichzeitig wegen fehlender Fachkräfte nicht besetzt werden. Eine Einschränkung des finanziellen Anreizes für Arbeitslose, an einer Qualifizierungsmaßnahme teilzunehmen, kann uns mittel- und langfristig volkswirtschaftlich teuer zu stehen kommen, auch wenn kurzfristig finanzielle Mittel eingespart werden. Das Gütezeichen "Made in Germany" darf nicht verspielt werden.

Dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes und auch dem Wachstum der Wirtschaft dient es sicher nicht, wenn der Anteil der nicht beruflich qualifizierten unter den Arbeitslosen weiter wächst und gleichzeitig immer mehr freie Arbeitsplätze für Fachkräfte unbesetzt bleiben.

(-/4.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Bundesdeutscher Reagenismus

Bestürzende Signale für den künftigen Kurs der Union

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Helmut Kohl sieht Grund zur Klage. Eine von der FDP avisierte "Wende" der deutschen Politik habe nicht stattgefunden, sagt er zu Recht. Und das heißt im Klartext: Die Hoffnung der Opposition, die auch Kohls höchstpersönliche Hoffnung ist, im Zuge der Koalitionsdiskussion um den Haushalt '82 gewissermaßen im feudalen Schlafwagen an die Macht zu gelangen, ist vorderhand nicht in Erfüllung gegangen. Nun wird die CDU/CSU gefragt werden und Farbe bekennen müssen, nachdem sie sich über Wochen vor einer klaren Sachalternative gedrückt hat.

Hinter dem Schutzschild einer beredten Schweigsamkeit, die nur mit dem Finger auf andere zeigt, ist die Union in Wahrheit tief zerstritten, sowohl in der Strategie wie im Inhalt. Auf der einen Seite stehen die Verweigerer Strauß, Zimmermann und Co., die ihre Aufgabe in der Verächtlichmachung des politischen Gegners sehen - es gibt kaum eine Initiative der Koalition, die von ihnen nicht mit dem "Betrugs"-Vorwurf behängt wurde -, auf der anderen Seite können sich insbesondere die CDU-regierten Länder der Notwendigkeit nicht entziehen, im Bundesrat zur Sache kommen zu müssen.

Vorsichtshalber hat die CDU/CSU bereits durchblicken lassen, daß ihre seit Wochen angekündigte, aber immer noch nicht fertiggestellte Stellungnahme nicht alle Haushaltspeditionen erfassen können. Widersprüchliches gibt es zu Hauf, übrigens angefangen mit dem Kindergeld, das beispielsweise für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth - etwa im Gegensatz zu den Sozialausschüssen - "kein Tabu" ist. Erklärt ist allein der Wunsch, tief ins soziale Fleisch zu schneiden. Obenan auf dem Wunschzettel stehen nicht von ungefähr die Schwächsten der Schwachen, nämlich die Sozialhilfeempfänger.

Eine Ideologie dafür lieferte jetzt der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Kurt Biedenkopf mit einer Studie, mit der er gegen eine angeblich übermäßige "Aufblähung" des Sozialbudgets zu Felde zieht. Der fixe Professor betätigte sich damit unverhohlen als Propagandist eines bundesdeutschen Reagenismus, der auch anderwärts in der Union grassiert. Zitat: "Ein 60-Millionen-Volk, das zu den wohlhabendsten Ländern der Welt gehört und nicht in der Lage ist, angemessen für die militärische Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit zu sorgen, weil entsprechende Veränderungen der staatlichen Ausgaben innenpolitisch nicht mehr zumutbar sein sollen, stellt nicht nur seine politische Bedeutung in Frage, es gefährdet seine Souveränität und damit seine außenpolitischen Handlungsfähigkeit". - Ganz abgesehen davon, daß Biedenkopfs Prämisse abwegig ist, die Bundesrepublik leiste keinen angemessenen Verteidigungsbeitrag, verlangt er damit unverhüllt das Sozialbudget zugunsten des Militärischen zu kürzen. Sozialer Friede, der die wichtigste Voraussetzung innen- und außenpolitischer Handlungsfähigkeit eines Staates ist, ist für diesen Mann offenkundig ein Fremdwort.

Aber es kommt noch schlimmer: Unter dem Stichwort "sozialer Ordnungspolitik" verlangt Biedenkopf, die "Vorsorgefähigkeit" des einzelnen und seiner Familie, selbst in den Fällen von Lohnausfall, Krankheit und Alter, zu testen. Das heißt, Staat und Gesellschaft sollen sich aus ihrer Verantwortung zurückziehen, um zu sehen, ob und inwieweit Arbeitslosigkeit und Not wieder zum privaten Risiko erklärt werden können.

Diese Biedenkopf-Ideologie eines neuen Privatismus ist ein "roll-back"-Versuch in der bundesdeutschen Sozialpolitik. Daß insbesondere die Sozialausschüsse der Union ihn bislang schweigend hinnehmen, ist ein bestürzendes Signal für den künftigen Kurs der Union.
(-/4.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Erst Lambsdorff, jetzt Kiep

Unverschämte Diffamierung deutscher Arbeitnehmer im Playboy

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Wenn der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Leisler Kiep die nachlassende Leistungsbereitschaft seiner Meinung nach nicht nur bei den deutschen Arbeitern, sondern jetzt auch bei den deutschen Angestellten beklagt, die sich im Tempo und Engagement weitgehend den deutschen Arbeitern angepaßt hätten und - wie schon gehabt - die Japaner über den Klee lobt, so muß er sich die Frage gefallen lassen, ob er sich mit diesen Äußerungen nicht außerhalb der deutschen Wirtschaftsordnung, deren einer Hauptteil die Arbeitnehmerschaft ist, stellt.

Dieser Vorwurf ist, gelinde ausgedrückt, unverschämt. Wer in dieser pauschalen Form die Arbeiter und Angestellten diffamiert, muß sich auch den Vorwurf von Arroganz und Unwissenheit gefallen lassen. Er hat sich aus der politisch relevanten Diskussion über Leistungswillen und Leistungsfähigkeit selbst abgemeldet.

Daß Kiep diese seine neue Standortbeschreibung im Playboy machte, einer Monatsschrift, die nicht für viele fleißige und ihr Auskommen hart verdienende deutsche Arbeiter und Angestellte sondern eher ein Blatt für süße Nichtstuer ist, ist nicht nur instinktilos sondern auch dumm. Und dies noch zu einer Zeit zu behaupten, wo Einsparmaßnahmen Arbeiter und Angestellte naturgemäß stärker treffen als gut Verdienende. Um mit Kiep zu argumentieren: Wo sollte denn deren Leistungswillen herkommen, wenn gerade sie besonders zur Kasse gebeten werden? Es muß Schluß sein mit dem hochnäsigen Schlechtmachen der deutschen Arbeiter und Angestellten und dem Ausspielen deutscher und japanischer Arbeitnehmer gegeneinander.

Kiep war auch einmal als möglicher CDU-Spitzenkandidat für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten im Gespräch. Die deutschen Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften können sich jetzt ein noch genaueres Bild von einem möglichen CDU-Wirtschaftsminister machen. Aber es liegt Gott sei Dank in Ihren Händen, ihm politisches Amt und Würden auch in Zukunft zu versagen. (-/4.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Gewerkschaftliches job-sharing? -----

Alle arbeitsmarktpolitischen Ideen müssen genau unter die Lupe genommen werden

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Der Beobachter des bundesdeutschen Arbeitsmarktes sieht sich seit mindestens einem Jahr mit einer Vielzahl von Einzelproblemen verschiedener Beschäftigungsgruppen und Branchen konfrontiert.

Gewerkschaften, Unternehmer und Politiker denken heftig über Konsolidierungsmöglichkeiten nach. Solche Diskussionen spülen immer wieder alte, abgehalfterte und vor allem hinterlistige Vorschläge an die arbeitsmarktpolitische Oberfläche. Einer der letztgenannten Vorschläge ist das job-sharing. CDU und Arbeitgeber sind eifertig am prüfen und modellieren, um dem alten Gedanken der totalen Kontrolle des Arbeitnehmers einen neuen Anstrich zu geben. Schließlich kommt das job-sharing (der Name sagt uns das schon) aus den Vereinigten Staaten. Hamburger und Coca-Cola waren ja auch ein maßgeschneiderter Anzug für den bundesdeutschen Markt. Wenn schon nicht japanische, warum dann nicht amerikanische Verhältnisse?

Nun, parallel zu den Protagonisten des job-sharing hat sich eine breite Abwehrfront gegen die nahtlose Übertragung gebildet. Sozialpolitikern steht es gut an, die Gewerkschaftsargumente für diesen Bereich zu übernehmen.

Doch mit den gesetzlichen Änderungen der letzten Monate haben sich die Bedingungen für eine Arbeitsplatzteilung durchaus geändert. Und wer sagt, daß nicht im Kern der Sache auch die Möglichkeit liegt, die Humanisierung der Arbeit ein Stückchen weiterzubringen.

Wichtiges Argument gegen eine Teilung der Arbeit war die "unterwertige Beschäftigung", das heißt mittels job-sharing wurden Sozialversicherungsbeiträge "eingespart". Durch die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze (die Abgabepflicht beginnt zur Zeit erst bei 390 DM) ist eine gesicherte Sozialversorgung auch für den job-sharer möglich.

Der wichtige Bereich der Kontrolle des einzelnen Arbeitnehmers, durch die Verpflichtung den Arbeitsplatz immer voll besetzt zu halten, kann durch Manteltarifverträge abgewehrt werden.

Der sogenannten "kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit" gilt es durch gesetzgeberische, flankierende Maßnahmen einen Riegel vorzuschieben.

Wie also durch gezielte gewerkschaftliche Politik-Elemente des job-sharing umgemünzt werden, in sinnvolle Aktionen für den Arbeitnehmer?

Der Wunsch vieler Arbeitnehmer nach einem Teilzeitarbeitsplatz kann nicht ignoriert werden. Nur die Frage der Gestaltung dieser Arbeitsplätze muß einer genauen Prüfung unterzogen werden.

So wird zum Beispiel job-sharing im Alter nie propagiert. Gerade hier böten sich Möglichkeiten den Ausstieg aus dem Arbeitsleben humaner zu gestalten, als dies bisher der Fall ist. Das "Auskämmen" von älteren Arbeitnehmern aus den Betrieben würde auf diese Weise ein Stück unmöglicher gemacht.

Dies zu fördern bedarf es gezielter politischer Hilfen zum Beispiel in Form einer Höherversicherung des jeweiligen Arbeitnehmers. Manteltarifverträge, wie die der Gewerkschaft NGG mit der Zigarettenindustrie, zeigen den Weg, der in dieser Frage begangen werden muß.

In diesen sozialpolitisch schweren Zeiten müssen Politiker und Gewerkschaften jede Idee unter die Lupe nehmen. Nur so kann ein wirklicher Konsolidierungsbeitrag geleistet werden. Unternehmer-job-sharing ist dabei als ein untaugliches und unsoziales Mittel abzulehnen. Aber vielleicht gibt es bald ein gewerkschaftliches job-sharing? (-/4.9.1981/ks/hgs)

+ + +

Sparkonzept muß langfristig angelegt sein

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Zwei wesentliche Grundsätze sind bei der lebhaften Diskussion über den Haushalt 1982 unbestritten geblieben:

1. Die notwendigen Sparmaßnahmen müssen sozialausgewogen sein, das heißt die Lasten müssen von allen getragen werden; sie dürfen nicht einseitig auf schwächere Schultern abgewälzt werden;
2. die zu ergreifenden Maßnahmen dürfen keinesfalls Arbeitsplätze gefährden, sie müssen im Gegenteil Beschäftigung sichern und neue Beschäftigungsimpulse geben.

Daß unterschiedliche Vorstellungen darüber bestehen, wie dies zu geschehen habe, ist bekannt. Die SPD-Fraktion hat ihre Vorschläge, in welchen Bereichen volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeitsfelder zu erschließen wären, konkret dargelegt: In der Energieeinsparung, bei der Fernwärmetechnik und Abwärmenutzung, im sozialen Wohnungsbau, im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, im Bereich des Umweltschutzes, zum Beispiel bei der Gewässerreinigung und der Wiederverwertung von Abfällen und beim Recycling.

Es muß eindringlich gewarnt werden vor dem Irrglauben, man brauche nur irgendwelche Schleusen aufzuziehen und die Investitionslust würde von neuem zu sprudeln beginnen. Der Expansionssturm der letzten 30 Jahre ist nicht wiederholbar. Das wissen Arbeitnehmer ebenso gut wie Unternehmer. Deshalb ist die Forderung nach wie vor richtig, gezielt und konzentriert da Hilfen zu geben, wo es gesamtwirtschaftlich vernünftig erscheint.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist in der gesamten Spardiskussion bisher zu kurz gekommen, nämlich der, daß ein Sanierungskonzept langfristig angelegt sein muß. Alle Maßnahmen müssen so beschaffen sein, daß die öffentlichen Haushalte auf Dauer entlastet werden. Das gilt für Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen, denn alle schieben einen beträchtlichen Schuldenberg vor sich her. Gerade weil die langfristige Gesundung angestrebt werden muß, ist vor Beschlüssen zu warnen, die nur für ein oder zwei Jahre Gültigkeit haben. Dies würde nur die Illusion nähren, nach einer kurzen Durststrecke könne es so weiter gehen wie zuvor.



Die Gefahr der Kurzatmigkeit wird an zwei Punkten deutlich. Da ist einmal die Absicht, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von drei auf 3,5 Prozent zu erhöhen und gleichzeitig, damit keine zusätzliche Belastung für die Arbeitnehmer eintritt, den Rentenbeitragssatz von 18,5 auf 18 Prozent zurückzuführen. Bei dieser Operation sind zwei Fragezeichen am Platze. Wie kann sichergestellt werden, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich bis Ende 1983 so gestaltet, daß die Rücknahme der Beiträge auf drei Prozent möglich erscheint? Und was ist, wenn die Bundesanstalt für Arbeit auch zu diesem Zeitpunkt noch ein hohes Defizit ausweist?

Wenn die Rentenversicherungskassen auf zwei Jahre 0,5 Prozent weniger an Beiträgen bekommen, dann bedeutet dies eine erhebliche Mindereinnahme. Dieses Geld wird ihnen fehlen bei der Ansammlung der Kapitalreserven, die für die Rentenreform 1984 notwendig sind.

Ein weiterer Punkt, der keine langfristige Konzeption erkennen läßt, ist der Vorschlag, die Anhebung der Beamtenbesoldung um jeweils drei Monate zu verschieben. Dieses Verfahren wird schon bei der einmaligen Anwendung auf härtesten Widerstand stoßen, mehrmalige Wiederholung erscheint nicht realisierbar und würde auch von den Betroffenen nicht verstanden werden. Auf der anderen Seite bleiben tatsächliche Vergünstigungen im Bereich des Öffentlichen Dienstes unberührt: zum Beispiel die Vorsorgepauschale für Beamte, die schon deshalb nicht gerechtfertigt ist, weil Beamte a/ keine Aufwendungen für ihre Altersversorgung zu erbringen haben, b/ keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen und c/ nur einen geringeren Anteil für ihre Krankenversicherung aufwenden müssen. In aller Regel weit weniger als 50 Prozent, wie dies der Angestellte und der Arbeiter als Arbeitnehmeranteil zu tragen haben. Unberührt bleibt ebenso die Ministerialzulage, das gesamte Labyrinth des Zulagewesens sowie die Überversorgung, die bei Angestellten im Öffentlichen Dienst dazu führen kann, daß mancher nach Eintritt ins Rentenalter netto mehr erhält als während seiner aktiven Dienstzeit.

Hier ist nicht in erster Linie der Rotstift gefragt, sondern hier geht es um größere Gerechtigkeit. Dasselbe gilt auch für die jährliche Besoldungsanpassung. Es kann doch nicht im Ernst als sozial gerecht bezeichnet werden, wenn bei der linearen Anhebung ein Briefträger bestenfalls DM 30,-- oder 40,-- mehr bekommt, während dasselbe Prinzip einem Staatssekretär DM 300,-- oder 400,-- mehr einbringt.

Gewiß soll höhere Leistung auch höher honoriert werden. Wer solche klaffenden Unterschiede jedoch allein mit dem Leistungsgefüge rechtfertigen will, wird sich schwer tun.

(-/4.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Offenbarungseid eines Industriestaates

Es gibt genug zu tun, aber die Regierung packt ihr Beschäftigungsprogramm ein

Von Freimut Duve MdB

Die Bundesregierung hat - wie zu hören - den Gedanken an ein Beschäftigungsprogramm aufgegeben. Jeder Bürger unseres Landes weiß, welche Aufgaben in den nächsten Jahrzehnten vor uns liegen. Kein Bürger wird verstehen, daß der Staat unfähig sein sollte, für diese Aufgaben gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Über die konkreten Instrumente können wir streiten, über die konkreten Aufgaben nicht:

- Im Tiefbau muß ein großes Programm des Fahrradwegebaus und der Infrastruktur für die Nutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel angekurbelt werden. Der Fahrradfahrer braucht keinen Tropfen OPEC-Öl. Für ihn lohnen sich die Investitionen unmittelbar. Es muß möglich sein, für ein solches Programm Bund, Länder und Gemeinden zusammen zu bringen.
- Unser Trinkwasser ist lebensgefährlich bedroht. Ein Sonderprogramm zum Süßwasserschutz gehört zu Überlebensstrategie unseres hochindustrialisierten Staates.
- Die Wärmenutzung - als Fernwärme und als Wärmekraftkopplung - ist eine nationale Aufgabe. Der Regierung liegen unzählige Untersuchungen über die Möglichkeiten und den Bedarf vor.
- Die gezielte Umstrukturierung unserer Industrieanlagen für verbesserten Umweltschutz, die Entgiftung unserer Industrieproduktion, wird von Millionen gefordert - und erfordert Millionen. Wo bleibt das Programm, wo bleiben die Aufträge an die ja vorhandene Umweltschutz-Industrie?

Der Katalog ließe sich verlängern. Wir dürfen Menschen nicht in die Resignation treiben, die sich für die seit Jahren diskutierten Aufgaben engagieren und nun zusehen müssen, daß die Regierung des drittgrößten Industriestaates der Erde sich als unfähig erweist, das sogenannte qualifizierte Wachstum anzukurbeln. Die FDP macht sich lächerlich und schuldig, wenn sie solche Aufgaben im ordnungspolitischen Weihrauch aufgehen läßt.

Wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, hier ihrer Aufgabe nachzukommen, dann erweist sich als Sonntagsrederei und Parteitagsgebetsmühle, was seit Jahren über die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Schutze der Natur und des Lebens gepredigt worden ist. Es gibt genug zu tun - aber die Regierung packt ihr Beschäftigungsprogramm ein!

